

Zur Bundestagswahl 2025:

Kernforderungen von Transparency Deutschland für mehr Transparenz und eine starke Antikorruptionspolitik

1. Bundestransparenzgesetz

Eine aktive Veröffentlichung von Informationen ist von entscheidender Bedeutung, um frühzeitig und proaktiv Einblick in das Handeln von Politik und Verwaltung zu ermöglichen. Nur wer beispielsweise weiß, wo es noch am Glasfaserausbau fehlt, kann gezielt Verbesserungen einleiten. Gleichzeitig erlaubt Transparenz eine effektivere Überprüfung von Gesetzen und Verwaltungsentscheidungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Effizienz. Transparenz wirkt gleichzeitig gegen Steuerverschwendung und Korruption. Milliardenenteure Desaster wie der BER-Flughafen oder die umstrittenen Maskendeals verdeutlichen, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Solche vermeidbaren Skandale und der Eindruck, dass Informationen absichtlich zurückgehalten werden, tragen wesentlich zur wachsenden Politikverdrossenheit bei und stärken populistische Kräfte am rechten und linken Rand.

Transparency Deutschland fordert daher die Einführung eines modernen Bundestransparenzgesetzes, das das veraltete Informationsfreiheitsgesetz (IFG) von 2005 ablöst. Bereits bei seiner Einführung galt das IFG als unzureichend, und heute wird Deutschland von internationalen Experten, in vergleichenden Rankings und durch den Europarat als eines der Schlusslichter im Bereich Informationsfreiheit eingestuft – nicht nur in Europa, sondern auch weltweit.

Ein umfassendes und modernes Transparenzgesetz trägt wesentlich dazu bei, Korruption vorzubeugen und aufzuklären, Bürgerbeteiligung zu fördern und den Austausch von Informationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu erleichtern. Zugleich wird proaktive Transparenz den Verwaltungsaufwand reduzieren und Prozesse effizienter gestalten. Damit dies gelingt, müssen im Sinne des Open-Data-Prinzips alle Dokumente und Daten in offenen, maschinenlesbaren Formaten bereitgestellt werden.

Neben der proaktiven Veröffentlichung von Informationen, wie beispielsweise öffentlichen Verträgen, sind weitere zentrale Reformen dringend notwendig. Diese entsprechen nicht nur den Empfehlungen des Europarats, sondern sind essenziell, um Transparenz auf ein zeitgemäßes Niveau zu heben.

Notwendige Reformen:

- **Erheblichkeitsschwellen statt pauschaler Ausnahmen**
Informationen, die von öffentlichem Interesse sind, dürfen nicht durch generelle Ausnahmeregelungen unzugänglich gemacht werden. In vielen anderen Staaten sind solche Daten problemlos verfügbar, während das deutsche IFG durch seine Nachrangigkeit gegenüber anderen Rechtsvorschriften massiv eingeschränkt wird.

- **Gebührenfreiheit für Informationsanfragen**

In der Praxis werden Anfragen häufig zurückgezogen, sobald die Möglichkeit einer Gebühr angekündigt wird – selbst wenn letztlich keine Gebühr anfällt. Erfahrungen aus Ländern ohne Gebühren zeigen, dass dies nicht zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führt. Gegebenenfalls könnten Missbrauchsklauseln als Schutzmechanismus eingeführt werden. Im Sinne einer fairen und partizipativen Demokratie sollten Informationsanfragen keine finanziellen Hürden aufwerfen dürfen.

- **Stärkung der Rechte des Beauftragten für Informationsfreiheit**

Derzeit hat der Bürger bei unrechtmäßiger Informationsverweigerung kaum Möglichkeiten, seine Ansprüche durchzusetzen, da der Rechtsweg teuer und langwierig ist. Eine Ausweitung der Kompetenzen und Durchsetzungsmöglichkeiten des Beauftragten für Informationsfreiheit, analog zu denen des Datenschutzbeauftragten, ist dringend erforderlich.

Schlussfolgerung:

Die Einführung eines modernen Transparenzgesetzes muss eine Priorität der kommenden Legislaturperiode sein. Transparenz ist der Schlüssel zu einer bürgernahen, zukunftsfähigen Demokratie. Verzögerungen gefährden nicht nur das Vertrauen in staatliches Handeln, sondern auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands auf internationaler Ebene. Transparency Deutschland appelliert deshalb an alle demokratischen Parteien, sich dieser dringenden Reform in der nächsten Legislaturperiode anzunehmen und damit die Grundlage für eine offene, faire und transparente Gesellschaft zu schaffen.

2. Reform der Parteienfinanzierung

Der faire Parteienwettbewerb ist elementarer Bestandteil unserer Demokratie. Damit Parteien ihre Aufgabe wahrnehmen können, besteht ein legitimes Interesse an ihrer ausreichenden finanziellen Absicherung. Die derzeitige Parteienregulierung ermöglicht allerdings ein für die Demokratie problematisches Ungleichgewicht von Interessen im politischen Wettbewerb. Die derzeitige Praxis und Regelung der Parteienfinanzierung weist erhebliche Mängel auf, die zu einer Verzerrung des politischen Wettbewerbs und einer unzureichenden Transparenz führen.

Deutschland liegt bei der Parteienfinanzierung mittlerweile deutlich hinter den Regelsystemen anderer westlicher Demokratien zurück, welches auch bereits von der GRECO-Kommission des Europarats beanstandet wurde. Wir fordern die politischen Parteien dazu auf, die folgenden Reformen in der kommenden Legislaturperiode zu einer vorrangigen Aufgabe zu machen.

Spenden an Parteien im demokratischen System sind notwendig und nicht verwerflich. Sie sind eine wichtige Quelle der Finanzierung und ermöglichen es den Parteien, ihre politischen Aufgaben zu erfüllen. Jedoch müssen diese Spenden **in vollem Umfang und in all ihren Erscheinungsformen** für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar gemacht werden. **Aktuell gibt es zu viele Möglichkeiten, die Veröffentlichungspflichten zu umgehen**, etwa durch die Stückelung von Beträgen.

Notwendige Reformen:

- **Beendigung der Verschleierung von Parteispenden über Umfeldorganisationen**
Durch Großspenden seitens parteinaher Organisationen an BSW und Werteunion in der 20. Wahlperiode wurde klar, dass die Offenlegungs- und Verbotsvorschriften des Parteiengesetzes umgangen werden können. Es muss daher ein Annahmeverbot der Parteien für Spenden gelten, wenn durch die Partei die Identität der ursprünglichen Spender:innen nicht zweifelsfrei nachweisbar festgestellt werden kann und es sich damit um eine unzulässige Weiterleitungsspende handeln könnte.
- **Einführung einer politisch unabhängigen Kontrolle und effektiven Durchsetzung der Regeln der Parteienfinanzierung**
Wir fordern die politischen Parteien auf, die Aufsicht über die Parteienfinanzierung in die Hände einer unabhängigen Institution, außerhalb der Bundestagsverwaltung, zu legen. Diese Institution muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um unabhängig und effektiv die Richtigkeit der Angaben der Parteien über ihre Einnahmen zu überprüfen und die Einhaltung der Regeln durchzusetzen. Ähnliche Gremien existieren bereits in vielen entwickelten Demokratien, wie zum Beispiel die [High Authority for Transparency in Public Life](#) in Frankreich. Die Kontrolle der Parteienfinanzierung muss transparent, objektiv und frei von politischen Einflüssen erfolgen, um das Vertrauen der Bürger in den politischen Wettbewerb zu sichern.
- **Einführung einer Obergrenze für Parteispenden von 50.000 Euro pro Spender:in, Partei und Jahr**
Aus Sicht von Transparency Deutschland ist die Einführung einer Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in, Partei und Jahr essenziell. Übermäßig große Einzelspenden verzerren den politischen Wettbewerb und verschaffen kapitalstarken Akteur:innen unverhältnismäßigen Einfluss – ein inhärenter Widerspruch zum Gleichheitsprinzip in der Demokratie. Eine Obergrenze für Parteispenden fördert die demokratische Verankerung der Parteien in der breiten Bevölkerung und stellt sicher, dass auch weniger finanzstarke politische Akteur:innen faire Chancen im demokratischen Wettbewerb haben.
- **Einführung eines Politikfinanzungsberichts, der zeitnah und umfassend über die Finanzen von Parteien, Fraktionen und parteinahen Organisationen aufklärt**
Wir fordern die politischen Parteien auf, sich für die Einführung eines Politikfinanzungsberichts einzusetzen, der zeitnah alle relevanten finanziellen Informationen zu den Parteien sowie ihren Fraktionen und Stiftungen veröffentlicht. Dieser Bericht sollte maschinenlesbar sein und eine umfassende Aufklärung ermöglichen, sodass Bürger:innen und Medien diesen schnell nachvollziehen und auswerten können. Gerade in Wahljahren ist eine zeitnahe Veröffentlichung, wie sie in anderen westlichen Demokratien wie Großbritannien und den USA erfolgt, dringend erforderlich.
- **Erweiterung der Offenlegungsschwellen bei der Parteien- und Politikfinanzierung**
Wir fordern eine Senkung der Offenlegungsschwellen, um die Transparenz zu erhöhen. Eine unmittelbare Veröffentlichung von Spendernamen soll ab 10.000 Euro stattfinden. Einzelne Spender:innen sollten bei Spenden ab 2.000 Euro pro Jahr benannt

werden. Kleinere Spenden bleiben dabei ausgenommen, um die bürokratischen Hürden nicht unnötig zu erhöhen. Diese Maßnahme trägt dazu bei, den Einfluss von großen Geldgeber:innen auf die Politik sichtbar zu machen und so die Transparenz der Parteienfinanzierung zu verbessern.

Schlussfolgerung:

Eine Reform der Parteienfinanzierung ist dringend erforderlich. Unzureichende Transparenz und unkontrollierte Großspenden gefährden einen fairen politischen Wettbewerb und können das Vertrauen der Bürger:innen in die Demokratie untergraben.

3. Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Bekämpfung strategischer Korruption und illegitimer Einflussnahme

Während Aserbaidtschan-Affäre und Qatargate im Europäischen Parlament offensichtliche Fälle strategischer Korruption darstellen, sind Versuche der ausländischen Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse aus Russland, China und neuerdings auch den USA viel umfassender und komplexer.

Gerade in Deutschland ist der Graubereich der ausländischen politischen Einflussnahme weiterhin groß: Juristische und ethische Grenzen zwischen politischen Gefälligkeiten, Interessenkonflikten und Bestechung sind fließend, vor allem sind potenzielle Abhängigkeiten mangels Transparenzvorgaben für die Öffentlichkeit oft gar nicht oder erst im Nachhinein erkennbar. Eine systematische Aufarbeitung insbesondere russischer Einflussstrategien der vergangenen Jahrzehnte, aber auch der undurchsichtigen Lobbytätigkeiten anderer Länder wie China, Saudi-Arabien, den VAE oder der Türkei durch den Deutschen Bundestag selbst ist daher dringend geboten.

Eine überfällige Reform des Gesetzes zur [Abgeordnetenbestechung](#) wurde Anfang 2024 verabschiedet; mit dem neuen § 108f StGB wurde die missbräuchliche Einflussnahme durch Abgeordnete zugunsten externer Auftraggeber wie in der Corona-Maskenaffäre oder der Aserbaidtschanaffäre endlich eingeschränkt. Allerdings werden weiterhin nur Tätigkeiten, die direkt „im Auftrag oder auf Weisung“ erfolgen, als Korruption betrachtet, wodurch zahlreiche Wege der politischen Beeinflussung und von Interessenkonflikten auch im Hinblick auf ausländische Interessen nicht adressiert sind.

Direkte [Parteienfinanzierung und -unterstützung](#) aus dem Ausland unterliegen starken Beschränkungen. Durch die Novelle des Parteiengesetzes müssen seit Februar 2024 auch Personen, die Werbemaßnahmen zugunsten einer Partei beabsichtigen, deren Finanzierung offenlegen, um „unzulässige Strohmänn-, Auslands- oder Einfluss Spenden zu erkennen“. Allerdings entstehen immer neue juristische Konstrukte, um Parteien unter Umgehung dieser Regeln zu unterstützen. Aktuell fordert etwa Elon Musk durch seine Unterstützung der AfD im Bundestagswahlkampf das deutsche Parteiengesetz offen heraus. Indem die AfD (z.B. in Person von Alice Weidel) die gebotene Plattform nicht zurückweist, könnte die Unterstützung als Spende im Sinne von § 27 Parteiengesetz anzusehen sein.

Massive Risiken der strategischen Korruption bestehen auch durch die weiterhin unzureichende [Prävention und Bekämpfung komplexer Geldwäschestrukturen](#), die zudem etwa

russischen Oligarchen auch weiterhin die Umgehung von Sanktionen vereinfachen. Die Umsetzung des EU-Geldwäschepakets sollte Anlass bieten, in Deutschland eine systematische Stärkung der Finanzermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden mit Fokus auf transnationale Finanzströme voranzubringen.

Notwendige Reformen:

- Nach französischem Vorbild der Commission d'enquête relative aux ingérences politiques, économiques et financières de puissances étrangères (Bericht vom Juni 2023) sollte eine **Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags** systematisch bestehende Schwächen im deutschen politischen System aufarbeiten, die die illegitime Einflussnahme auf demokratische Prozesse ermöglichen.
- **Eine Enquete-Kommission sollte insbesondere kritische Entscheidungsprozesse etwa zu Nord Stream 2 in den Blick nehmen** und auch die Problematik potenziell legaler Mittel der Beeinflussung und Schaffung struktureller Abhängigkeiten von Entscheidungs- und Verantwortungsträgern in Politik, Verwaltung und Medien klären.
- Neben der **Aufarbeitung mit Fokus auf russische Einflussnahme in Deutschland** sollte die Kommission mit der Erarbeitung von Reformvorschlägen beauftragt werden, um die parlamentarische Demokratie umfassender vor strategischer Korruption zu schützen, z.B. :
 - **weitere Stärkung des Gesetzes zur Abgeordnetenbestechung** durch Ausweitung des Korruptionstatbestandes in §108e StGB und Angleichung der Anforderungen für Mandatsträger an Amtsträger;
 - **Offenlegung der Vermögensverhältnisse und finanziellen Interessen von hochrangigen Entscheidungsträger:innen**, insbesondere Mitgliedern der Bundesregierung, Staatssekretär:innen, Abteilungsleitungen in Ministerien sowie Bundestagsabgeordnete (entsprechend GRECO 2023, Empfehlung viii), zur Identifikation möglicher Interessenkonflikte
 - **Schaffung einer gut ausgestatteten und ausreichend befugten Finanzpolizei** zur Aufdeckung transnationaler Geldwäschestrukturen
 - **verbessertes Instrumentarium zur Einziehung von verdächtigen Vermögenswerten**
- Darüber hinaus sollte die Bundesregierung eine **Führungsrolle bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des EU-Geldwäschepakets** einnehmen und den erfolgreichen Aufbau der AMLA und einer deutschen Finanzpolizei als Prioritäten der kommenden Bundesregierung verankern.
- Schärfere Lobby-Transparenzvorgaben sollten einen Fokus auf Agenturen, Anwaltskanzleien und andere Intermediäre – einschließlich der Wissenschaft – legen; der Vorschlag der EU-Kommission zu "Transparency of covert interference by third countries" ([2023](#)) fokussierte über Gebühr auf NGOs, obwohl das Corporate Europe Observatory für die europäischer Ebene zeigen konnte, dass nahezu alle in jüngster

Zeit bekannt gewordenen verdeckten Einflussoperationen über Lobby-Firmen, Anwaltskanzleien und andere Intermediäre (nur 1 von 128 Fällen durch eine NRO) ausgeführt werden.

Schlussfolgerung:

Eine Enquete-Kommission ist notwendig, um Empfehlungen zum Schutz des demokratischen Systems vor strategischer Korruption und illegitimer ausländischer Einflussnahme zu erarbeiten:

- 1) Hybride Angriffe auf Staat und Demokratie werden in Deutschland seit dem russischen Angriffskrieg ernster genommen, die Gefahren durch strategische Korruption in diesem Kontext werden bislang aber weder verstanden noch adressiert.
- 2) Deutschland muss dringend effektiver im Kampf gegen internationale Geldwäsche und dubiose Finanztransaktionen vorgehen, um potenzielle Einflussnahmen überhaupt erst erkennen zu können.
- 3) Der Kampf gegen politisch motivierte Korruption und ausländische Einflussnahme muss (auch) als Sicherheitsthema verankert werden.
- 4) Es braucht klarere Transparenzregeln und höhere ethische Standards zur Unterscheidung legitimer und illegitimer Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse – in Parteien, Parlamenten, Verwaltung und Medien.
- 5) Deutschland hinkt im europäischen Vergleich hinterher: Ähnliche Kommissionen zur Aufdeckung von Anfälligkeiten in Frankreich und im Vereinigten Königreich haben bereits Ergebnisse vorgelegt.
- 6) Eine Aufarbeitung insbesondere der systematischen russischen Einflussnahme auf die politische Entscheidungsfindung und Verwaltung in Deutschland ist längst überfällig.
- 7) Als Hauptsitz der neuen europäischen Geldwäschebehörde AMLA ab 2025 muss Deutschland eine Führungsrolle im Kampf gegen illegitime Finanzströme nach und in Europa einnehmen.
- 8) Zweifelhafte Wege der Parteienfinanzierung mit unklarer externer Unterstützung, etwa bei der AfD, aber auch bei WerteUnion und BSW, nehmen eklatant zu.
- 9) Elon Musks Wahlkampfhilfe für die AfD ist nur das sichtbarste Beispiel für zunehmende Wahleinmischung durch ausländische Interessenträger.